

Neue Studie vom Berlin-Institut

Teilhabeatlas: Viele „abgehängte“ Regionen sind in Ostdeutschland

Neue Studie vom Berlin-Institut

Teilhabeatlas: Viele „abgehängte“ Regionen sind in Ostdeutschland

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Teilen des Landes zu sorgen. Doch was bedeutet das eigentlich? Damit beschäftigt sich eine aktuelle Studie des Berlin-Instituts. Und zeigt dabei: Viele „abgehängte“ Regionen sind im Osten.

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung hängen die meisten ostdeutschen Regionen noch in vielen Bereichen zurück. In fast allen ländlichen Kreisen, aber auch in den meisten ostdeutschen Städten müssen die Menschen mit geringeren Teilhabechancen leben. Dieses Schicksal teilen sie aber mit den Bewohnern einiger westdeutscher Städte, vor allem im Ruhrgebiet, aber auch im Südwesten von Rheinland-Pfalz, im Saarland sowie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des Berlin-Instituts und der Wüstenrot Stiftung. Die Studie untersucht, welche gesellschaftlichen Teilhabechancen die 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte ihren Bewohnerinnen und Bewohnern bieten. Gemessen wurde die Teilhabe anhand einer Reihe von Indikatoren wie der Quote von Sozialleistungsempfängern, der Höhe der Einkommen, der Verfügbarkeit schneller Internetzugänge oder der Erreichbarkeit von Ärzten, Supermärkten und weiteren alltäglichen Dienstleistungen.

Als „abgehängte Regionen“ gelten dabei solche mit hoher Quote von Sozialleistungsempfängern und einem sehr hohen Anteil an Schulabbrechern. Gering ist hingegen das Einkommen, das Steueraufkommen, die Lebenserwartung und die Breitbandversorgung, sehr gering sogar die Nahversorgung.

Zu dieser Gruppe (die Studie nennt es „Cluster“) zählen 58 ländliche Kreise, die überwiegend in den ostdeutschen Bundesländern liegen, sowie vereinzelt eben in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Es sind ländliche Regionen, die wirtschaftlich wie auch bei der Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur vor Problemen stehen. Nur zwei sächsische und sechs brandenburgische Landkreise haben den Sprung in ein besseres Cluster geschafft. Diese befinden sich allesamt in den Speckgürteln attraktiver Großstädte. In den alten Bundesländern haben nur wenige Landkreise mit ähnlich großen strukturellen Problemen zu kämpfen.

Diese ländlichen Regionen haben bei fast allen Indikatoren den schlechtesten Durchschnittswert aller untersuchten Einheiten – nur bei den Leistungsberechtigten nach SGB II und der Lebenserwartung weisen die durch den Strukturwandel gebeutelten Großstädte noch schlechtere Werte auf. Aber auch für diese Städte gilt: Man findet sie vor allem im Ruhrgebiet und in den neuen Bundesländern, aber auch in Norddeutschland, in der Pfalz und im Saarland.

► Objektive Bedingungen versus subjektive Wahrnehmung

Aber wie nehmen die Menschen diese tatsächlichen Lebensbedingungen wahr –

gleich, besser oder schlechter, als es die objektiven Zahlen erwarten lassen? Um die gefühlten Teilhabechancen mit den erhobenen Daten abzugleichen, hat das Berlin-Institut in 15 Regionen aus allen sechs untersuchten Clustern insgesamt fast 300 Einzelinterviews und Gruppengespräche geführt: mit Bürgern und Politikern, mit Verwaltungsmitarbeitern, Wirtschafts- und Medienvertretern sowie mit Menschen, die ehrenamtlich oder hauptberuflich im sozialen Bereich arbeiten. Das Ergebnis ist zwar nicht repräsentativ, gibt aber einen guten Einblick in das Lebensgefühl vor Ort. „In den Gesprächen zeigte sich, dass die Menschen ihre Lebensbedingungen weitgehend realistisch einschätzen“, fasst Manuel Slupina zusammen, Mitautor der Studie. „Mit den Unterschieden bei den Teilhabechancen gingen sie recht nüchtern und pragmatisch um.“ Je nach Wohnort haben sie auch andere Erwartungen an ihr Umfeld. Die befragten Landbewohner sind sich meist des Nachteils bewusst, dass sie zum Arbeiten pendeln müssen und für manche Erledigungen auf die nächste größere Stadt angewiesen sind. Trotzdem äußerten sie, dass sie gern dort leben.

Haben Bewohner das Gefühl, dass sich ihre Region positiv entwickelt, schätzen sie ihre persönliche Lage eher optimistisch ein. „Gerade dort, wo die Menschen nach einer langen

Durststrecke wieder einen Aufwärtstrend verspüren, blicken die Befragten meist positiv in die Zukunft“, so Slupina. Umgekehrt äußerten Befragte das Gefühl, abgehängt zu sein, wo sie den Niedergang als chronisch erleben und wenig Perspektiven sehen. Dabei sind es oft Veränderungen im unmittelbaren Umfeld, welche die Einschätzung prägen: Wenn der Dorfladen schließt oder das Krankenhaus auf der Kippe steht, empfinden viele dies als problematisch – selbst wenn sich die Region als Ganze positiv entwickelt. Ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in einer Boom- oder Schrumpfreigion, überall berichten Gesprächspartner von einer besonderen Bindung zu ihrer (Wahl-)Heimat. Wer sich einem Ort verbunden fühlt, ist eher bereit, sich zu engagieren und zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen. Zahlreiche Vereine, Bürgerbusse oder Dorfläden zeugen davon. In den besuchten ländlichen Regionen in Ostdeutschland stehen jedoch viele Befragte dem Gedanken, selbst



Blick auf die Studie daran, dass der Anspruch auf „gleichwertige Lebensverhältnisse“ nicht Gleichmacherei bedeute, sondern die flächendeckende Sicherung der Grundversorgung mit staatlichen Dienstleistungen.

„Wer in Kreuzberg wohnt, kann vor dem Fenster keine Wälder und Seenlandschaften erwarten, so wie jemand aus der Uckermark auf dem Dorfplatz kein Staatstheater erwarten darf. Erwarten darf er jedoch, dass es dort Internet gibt, dass die öffentliche Sicherheit gewahrt und die Fahrt zur nächsten Schule keine Bildungsreise sein muss, dass die gesundheitliche Grundversorgung funktioniert und der Nahverkehr nicht nur aus ökologischen Gründen ausgebaut wird“, so der dbb Chef.

In vielen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur sei in früheren Jahren zu sehr auf Privatisierung gesetzt worden, so Silberbach weiter. Privatwirtschaftliche Unternehmen arbeiteten aber vor allem gewinnorientiert und nähmen keine Infrastrukturverantwortung wahr. „Angebote, die nicht kostendeckend sind, sind Aktionären schwer zu vermitteln. Das sind die Gesetze des Marktes. Hier muss der Staat wieder stärker eingreifen. Denkbar wäre, wie im Teilhabe-Atlas beschrieben, den Kommunen zweckgebundene Infrastrukturmittel zur Verfügung zu stellen. Man könnte von Bundes- oder Länderebene auch indirekt mehr in Infrastruktur und Attraktivität der ländlichen Räume investieren, indem man Co-Working-Spaces mit schnellem Internet

für mobiles Arbeiten zur Verfügung stellt.“

Aus gewerkschaftlicher Sicht sei aber noch ein weiterer Aspekt der Regionalentwicklung von entscheidender Bedeutung, so Silberbach. „Gut ausgebildetes Personal für den öffentlichen Dienst zu finden kostet Geld, erst recht wenn die Kolleginnen und Kollegen motiviert werden sollen, in entlegene Regionen zu ziehen. Das ist gerade für die finanzschwachen öffentlichen Arbeitgeber dort ein großes Problem. Auch hierfür müssen die betroffenen Kommunen finanziell besser ausgestattet werden.“

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Colourbox

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf: Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 22, gültig ab 1.10.2018

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

die Initiative zu ergreifen, skeptisch gegenüber und glauben nicht, mit ihrem Einsatz etwas bewirken zu können. Missstände zu beheben sei Aufgabe der Politik.

Was bedeutet „gleichwertig“?

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Teilen des Landes zu sorgen. „Sie hat allerdings bis heute nicht definiert, wie Gleichwertigkeit überhaupt auszusehen hätte“, moniert Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Das mache es nahezu unmöglich, ungleichwertige Lebensverhältnisse zu benennen, geschweige denn, Gleichwertigkeit herzustellen. Ohnehin

entwickeln sich die Regionen wirtschaftlich und demografisch sehr unterschiedlich und bringen oft grundlegend verschiedene Voraussetzungen mit. „Mit dem Versprechen von Gleichwertigkeit weckt die Politik Erwartungen, die sie nicht erfüllen kann“, so Klingholz. „Dies führt unweigerlich zu Enttäuschungen und weiteren Frustrationen.“ Stattdessen solle sie die Realität anerkennen und ihre eigenen Möglichkeiten nüchtern einschätzen. Aufgrund der Vielfalt der Lebensbedingungen muss sie nach Lösungen suchen, die sich an den jeweiligen regionalen Möglichkeiten und Bedürfnissen orientieren, um den Menschen überall im Land eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach erinnerte mit

Spitzengespräch mit Ministerpräsidentin Schwesig

Bevölkerung ist Nutznießer guter öffentlicher Dienstleistungen

Nach den richtungsweisenden Beschlüssen der Landesregierung zur Einrichtung des Fonds „Handlungsfähige Landesverwaltung“ und zum Aussetzen des Personalabbaus im ersten Halbjahr 2019 traf die Landesleitung des dbb m-v am 15. August 2019 mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zu einem Spitzengespräch zusammen.

An dem Gespräch nahmen seitens des dbb m-v neben dem Vorsitzenden Dietmar Knecht die stellvertretenden Landesvorsitzenden Brigitte Schroeder, Michael Blanck, Gerd Dümmel und Thomas Krupp teil. Die Landesregierung wurde neben Ministerpräsidentin Manuela Schwesig vom Chef der Staatskanzlei, Dr. Heiko Geue, sowie Dr. Antje Draheim, Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, vertreten.

Der dbb m-v begrüßte bei dieser Gelegenheit die Bündelung von Personalmanagementaufgaben in der Staatskanzlei. „Über Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und zusätzliche Motivierungen für das meist ältere Bestandspersonal können wir es schaffen, die gewohnte Arbeits- und Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu gewährleisten“, so Knecht. „Dies geschieht nicht zum Selbstzweck, sondern alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind Nutznießer guter öffentlicher Dienstleistungen.“ Besonders hervorzuheben seien als erster Schritt auch die Attraktivitätssteigerungen im Bereich der inneren Sicherheit.

Die übrigen aktuellen Megatrends wie Demografie und Flexibilisierung der Arbeitswelt,

aber auch eigentliche Tabuthemen wie Altersteilzeit wurden ebenfalls angesprochen. „In dem Gespräch haben wir auch klargemacht, dass wir Altersteilzeitregelungen benötigen. Nicht um einen Stellenabbau wie vor Jahren umzusetzen, sondern Altersteilzeitregelungen, die motivieren, länger gesund im Beruf zu bleiben. Unter diesem Gesichtspunkt wurde dies bisher seitens der Landesregierung nicht betrachtet“, betonte dbb Vize Michael Blanck, der auch Landesvorsitzender der Verbands Bildung und Erziehung (VBE) ist.

■ Schwesig: „Ein handlungsfähiger Staat braucht eine handlungsfähige Verwaltung.“

Die Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung, Brigitte Schroeder, betonte, dass die Landesregierung das Thema Frauenförderung noch konsequenter in den Fokus der Politik stellen müsse. Es gehe hier um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Besetzung von Leitungsfunktionen, den Wiedereinstieg nach Elternzeit, die Beförderungspraxis und eine gerechte Bezahlung. „Noch immer verdienen Frauen landesweit im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer, im öffentlichen Dienst sind es sieben Prozent. Hier fordert der dbb die politische Umsetzung



> Gerd Dümmel, Staatssekretärin Dr. Antje Draheim, Michael Blanck, Thomas Krupp, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Dietmar Knecht, Brigitte Schroeder, Staatssekretär Dr. Heiko Geue (von links)

von Gender Budgeting – das heißt, alle haushaltspolitischen Entscheidungen, Maßnahmen, Programme und Gesetze, aber auch Haushaltspläne müssen auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer überprüft und angepasst werden“, unterstrich die stellvertretende dbb Landesvorsitzende.

■ Knecht: dbb hat Know-how für Projekt „Zukunft der Verwaltung“

Thomas Krupp, Vorsitzender der Dienstrechtskommission des dbb m-v, stellte im Gespräch mit der Ministerpräsidentin klar, dass nach seiner Auffassung die Leistungen und die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst von den Politikern im Parlament kaum gewürdigt werden. Deshalb würden vom Parlament Verbesserungsvorschläge für den öffentlichen Dienst oft sehr kritisch betrachtet. „Dieses Akzeptanzproblem muss beseitigt werden. Aus diesem Grund haben wir für den 30. September die Dienstrechtskommission einberufen, die sich neben der Wertschätzung der Leistung der Angehörigen des öffentli-

chen Dienstes auch mit der Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes beschäftigen wird. Daher freuen wir uns, dass Ministerialdirigentin Dr. Carola Voß, Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei, ihre Teilnahme an der Kommissions-sitzung bereits zugesagt hat“, so Krupp.

Die Mitglieder der dbb Landesleitung unterstrichen des Weiteren die Bereitschaft, die entsprechend dem Kabinettsbeschluss vom 7. Mai 2019 einzu-richtende Geschäftsstelle für das Projekt „Zukunft der Verwaltung in M-V“ aktiv zu begleiten und zu unterstützen. „In den 38 Mitgliedsorganisationen des dbb m-v ist genau das Know-how vorhanden, das dazu benötigt wird“, betonte Knecht.

„Ein handlungsfähiger Staat braucht eine handlungsfähige Verwaltung mit gut qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deshalb liegt mir eine enge Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund und seinen Mitgliedern sehr am Herzen“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig nach dem Gespräch. ■

AusbildungsSTART-Aktion der dbbj Nachwuchs fordert moderne Arbeitsbedingungen

„Um gerade für junge Menschen als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, muss der öffentliche Dienst im Hinblick auf die Digitalisierung noch einiges tun“, machte die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann, die auch Mitglied der dbb Bundesleitung ist, am 9. August 2019 bei der AusbildungsSTART-Aktion in Schwerin deutlich.

Das traditionelle Event der dbb Jugendorganisation rückt jährlich zum Auftakt des neuen Ausbildungsjahres Themen der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Fokus. „Wir müssen raus aus der Steinzeit in den Amtsstuben“, forderte Herrmann. „Einheitliche und kompatible IT-Standards, die problemlos mobiles Arbeiten ermöglichen, gehören von Kindesbeinen an zur Lebenswelt jener jungen Menschen, die sich heute für den öffentlichen Dienst entscheiden. Wenn diese in den Job starten, dürfen sie sich nicht in die Vergangenheit zurückkatapultiert fühlen und sollten vielmehr als Expertinnen und Experten bei der digitalen Gestaltung der Verwaltung aufgenommen werden. Das Anwendungs-Know-how und die menschliche Komponente der Digital Natives sind der Motor für einen auch in Zukunft gut funktionierenden und leistungsfähigen öffentlichen Dienst“, so Herrmann.

Auch dbb Chef Ulrich Silberbach und Volker Geyer, stellvertreter dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, forderten eine zügige Modernisierung des öffentlichen Dienstes. „Wer junge Menschen für den Staatsdienst gewinnen will,

muss nicht nur angemessen bezahlen, sondern auch für ein attraktives Arbeitsumfeld sorgen, das dem allgemeinen technischen Stand entspricht“, sagte Silberbach in Schwerin. „Wenn der Dienst-PC die Vor-Vor-Version des Modells daheim ist oder im Außeneinsatz lieber die schnellen und smarten Privat-Handys anstelle der uralten ‚Dienst-Knochen‘ benutzt werden, ist das ein Armutzeugnis und wirkt absolut abschreckend auf alle, die eigentlich gerne in den öffentlichen Dienst eintreten würden“, so Silberbach.

■ Moderne technische Ausstattung für Digital Natives entscheidend

„Junge Menschen setzen sich im Zuge der Berufswahl heute sehr bewusst mit ihrem künftigen beruflichen Umfeld auseinander und recherchieren schon im Vorfeld gründlich, was da konkret auf sie zukommt. Eine wesentliche Variable ist neben dem Einkommen tatsächlich auch die technische Ausstattung, hierauf wird von den technikaffinen Digital Natives deutlich mehr Wert gelegt als je zuvor. Kann ein Arbeitgeber hier nicht mithalten, ist er raus“, ergänzte dbb Vize Geyer.



> Das Anliegen der dbbj fand Gehör – nicht nur bei zahlreichen Passantinnen und Passanten, sondern ebenso in der Politik, unter anderem beim Landtagsabgeordneten Philipp da Cunha (3. von rechts), bei Mecklenburg-Vorpommerns Finanzminister Reinhard Meyer (3. von links) und dessen Staatssekretär Heiko Mieraß (2. von links).

Bei der AusbildungsSTART-Aktion der dbb jugend in Schwerin luden die jungen Beschäftigten Passantinnen und Passanten zu einem Bilderrätsel ein, um für das Thema Technik und Ausstattung im öffentlichen Dienst zu sensibilisieren. Dabei wurden Momentaufnahmen aus Behörden und Dienststellen gezeigt, darunter auch fiktive Technik-Situationen. Die Rätzelnden sollten

raten, ob das jeweilige Motiv echt oder gestellt ist. Bei der Auflösung gab es immer wieder zahlreiche erste, mitunter auch erschütterte Reaktionen angesichts noch immer in Einsatz befindlicher massiv veralteter Geräte. Einhelliger Tenor der Bürgerinnen und Bürger, der die Forderungen von dbb jugend und dbb unterstreicht: „Das kann ja wohl nicht wahr sein.“

> Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Geschäftsführender Bezirksvorstand neu gewählt

Auf der außerordentlichen Bezirksversammlung des GDL-Bezirks Nord-Ost am 9. August 2019 in Berlin wählten die anwesenden 107 stimmberechtigten Delegierten mit überwältigender Mehrheit einen neuen geschäftsführenden Bezirksvorstand.



> Von links: Roland Parnitzke (Erster Stellvertreter), Claus Weselsky (GDL-Bundesvorsitzender), Volker Krombholz (neuer Bezirksvorsitzender), Steffen Genz (Zweiter Stellvertreter)

Zum neuen Vorsitzenden wurde Volker Krombholz, zum Ersten Stellvertreter Roland Parnitzke sowie zum Zweiten Stellvertreter Steffen Genz gewählt. Volker Krombholz war bisher Betriebsratsvorsitzender bei DB Regio Nordost, wohnt in Neustrelitz und ist seit vielen Jahren Mitglied des Landeshauptvorstandes des dbb m-v. Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht gratulierte ihm im Namen der Landesleitung des dbb m-v recht herzlich und wünschte ihm bei der Ausübung seines neuen Amtes viel Erfolg.

7. dbb Nordtreff

Interessante Gespräche an Land und auf See

© Friedhelm Windmüller (9)

6
Mecklenburg-Vorpommern



Am 8. August 2019 fand nunmehr bereits zum siebten Mal der „Nordtreff“ der dbb Landesbünde Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern statt. Gastgeber war in diesem Jahr der dbb m-v, der im Rahmen der Hanse Sail in Rostock circa 120 Gäste begrüßen konnte.

Bevor am Nachmittag der von allen mit Vorfreude erwartete Segeltörn mit dem Segelschiff „Artemis“ startete, fand vormittags auf dem Marinestützpunkt Hohe Düne eine gemeinsam von der dbb Jugend und der DBV Deutsche Beamtenversicherung organisierte Auftaktveranstaltung statt. Nach der Eröffnung durch den dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht sprach der „Personalchef“ der Marine, Kapitän zur See Thomas von Buttler, über die aktuelle personelle Situation der Marine und schilderte

die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung.

Bernd Strahlke und Stefan Walther, Direktionsbevollmächtigte für den öffentlichen Dienst bei der DBV, präsentierten im Anschluss die Ergebnisse der von der DBV in Auftrag gegebenen forsa-Studie „Junge Menschen und Gewerkschaften“. Umfragen zufolge genießen Gewerkschaften ein hohes Ansehen bei jungen Menschen und bis zu 68 Prozent aller Befragten können sich grundsätz-



> Der neue Chef der Staatskanzlei Dr. Heiko Geue (2. von links) ließ es sich nicht nehmen, seinen Antrittsbesuch beim dbb im Rahmen des 7. Nordtreffs zu absolvieren.





lich eine Mitgliedschaft vorstellen. Jedoch ist der Bekanntheitsgrad von Einzelgewerkschaften und auch teilweise von Dachverbänden in der Altersgruppe vergleichsweise gering. Auch hielten nur bis zu zehn Prozent der Befragten den Begriff „jungendlich“ für passend, für „modern“ stimmten rund 25 Prozent. Diese und weitere Ergebnisse zeigen, dass es noch einiges zu tun gibt. Mit ihrer Aktion „Jetzt für die Zu-

kunft!“ bietet die DBV Verbänden und Gewerkschaften an, gemeinsame Konzepte zur Neumitgliedergewinnung unter Berücksichtigung der fachlichen und regionalen Besonderheiten zu erarbeiten und dazu beizutragen, jungen Menschen Gewerkschaften näherzubringen und sie für diese zu begeistern. Ein ausführlicher Bericht zu diesem Thema folgt in einer der nächsten Ausgaben des dbb regionalmagazins.

Bei gutem, wenn auch wechselhaftem Segelwetter ging es am Nachmittag an Bord der „Artemis“, die vom Marinestützpunkt aus direkt hinaus auf die Ostsee startete. Auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach, sein Stellvertreter Volker Geyer, die dbb Landesvorsitzenden von Hamburg, Rudolf Klüver, und Schleswig-Holstein, Kai Tellkamp, sowie zahlreiche weitere Mitglieder des dbb Bundesvorstandes ge-

nossen den dreistündigen Törn bei interessanten Gesprächen mit Mitgliedern aus den nördlichen Bundesländern und Vertretern der Wirtschaftspartner aus dem dbb vorsorgewerk, die den dbb Nordtreff durch ihre Unterstützung erst ermöglichen. Herzlichen Dank dafür und bis zum nächsten Nordtreff, dem sich im kommenden Jahr Bremen als viertes Bundesland anschließen und erstmals Gastgeber sein wird! ■



SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

Exklusive Kooperation mit dem dbb vorsorgewerk

Leben bedeutet Wandel, sowohl privat als auch beruflich. Ausbildung, Berufstätigkeit, eigener Haushalt, Familie oder Ruhestand verändern die Anforderungen an den Versicherungsschutz im Laufe der Zeit. Um hier mehr Licht ins Dunkel zu bringen, trafen sich am 13. August 2019 Vertreter von DBV Deutsche Beamtenversicherung, HUK-COBURG, der Bausparkasse Wüstenrot, BBBank und Nürnberger mit Alexander Konzack vom dbb vorsorgewerk und Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen.

Ruhestandsplanung ab 30 – geht das? Wie bin ich während einer Teilzeit oder einer Beurlaubung versorgt? Was passiert eigentlich mit meinem digitalen Nachlass im Sterbefall? Diese und noch viel mehr Fragen sollen im Rahmen unserer exklusiven Kooperation des dbb vorsorgewerk gemeinsam mit dem SBB beantwortet werden.

In eigener Regie beziehungsweise zusammen mit den Kooperationspartnern wird es eine Reihe von Veranstaltungen zu Themen mit Bezug zu berufsbezogenen Fragestellungen und/oder aktuellen Versi-

cherungs- und Finanzaspekten geben.

Geplant ist eine Vortragsreihe, die die Kooperationspartner sowohl den Mitgliedsverbänden als auch ihren Einzelmitgliedern zur Verfügung stellen, um für versicherungsrelevante Themen noch besser gewappnet zu sein.

Dabei informieren die Partner jeweils über folgende Themenbereiche:

- > DBV Deutsche Beamtenversicherung: Lebens-, Kranken-, Haftpflicht-, Hausrat- und Unfallversicherung;



> Partnertreffen in der Geschäftsstelle des SBB

- > Bausparkasse Wüstenrot: Bausparen und Baufinanzierung;
- > BBBank: „0,- Euro Girokonto“, Investmentfonds und Geldanlage;
- > HUK-COBURG: Kfz-Versicherung;
- > Nürnberger: Bestattungsvorsorge.

Während des Treffens in Dresden wurde über den aktuellen Stand der Vortragsreihe informiert. Um noch mehr Mitglieder zu erreichen, wurden weitere Werbemaßnahmen

diskutiert. Im September finden nach langer Planung die ersten Vorträge statt.

Möchten Sie auch unverbindlich erfahren, wie Sie das Baukindergeld optimal in Ihre Finanzierung einbinden können oder wie Sie noch mehr beim Abschluss einer Kfz-Versicherung sparen können? Rückmeldungen und Interessenbekundungen nimmt die Geschäftsstelle des SBB gern per Mail unter infoveranstaltung@sbb.dbb.de entgegen. ■

Frauennetzwerktreffen

Wie wollen wir unsere Zukunft aktiv gestalten?

Unter diesem Thema trafen sich am Abend des 15. Juli 2019 zahlreiche Frauen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Vereinen im Albertinum Dresden. Als besonderer Gast nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel teil.

Zu Beginn des Abends begrüßte Marion Ackermann (Generaldirektorin der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden) die Gäste. Der einladende Mi-

nisterpräsident Michael Kretschmer empfing seine Gäste mit einigen Anregungen für die anschließende Diskussion. Er interessierte sich vor allem

für die Ausgestaltung unserer Zukunft für Sachsen und welche Schwerpunkte wir Frauen sehen beziehungsweise auf was wir besonders Wert legen.

Der Frauenanteil in der sächsischen Bevölkerung beträgt rund 50 Prozent. Trotzdem sind Frauen in Führungspositionen noch unterrepräsentiert und damit auch deren Schwerpunkte und Sichtweisen. Umso wichtiger ist es, dass die Frauen lauter und mutiger werden. Michael Kretschmer dankte für

das große Interesse am Frauennetzwerktreffen und freute sich auf die vielen Anregungen und Ideen der Teilnehmenden. Nur gemeinsam können wir etwas voranbringen, die Ziele erreichen und unsere Werte erhalten.

Bevor es in die Diskussion und den Austausch ging, gab Bundeskanzlerin Angela Merkel Einblicke in ihre Ansichten und Erfahrungen zum Thema Gleichberechtigung. „Die Vielfalt an Charakteren und Geschlechtern bereichert unser Leben und unseren Alltag“, so Merkel.

Dabei sind alle Generationen in allen Bereichen wichtig. Auch das Ehrenamt muss gestärkt werden und sich mehr vernetzen. So sollten wir uns fragen, warum Frauen zum Beispiel weniger in Politik, Medien, Unternehmensführungen und Informatik vertreten sind. Ist es



> Tanja Teich (Vorsitzende der SBB Frauen) mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer

nicht spannend genug für sie? Oder trauen sie sich nicht? Oder liegt es an den bestehenden Strukturen?

Unsere aktuellen Strukturen und Systeme wurden in den vergangenen Jahrhunderten von Männern geprägt. In diesen gleichen Strukturen können die

Frauen nicht gepresst werden. Sie müssen an die Bedürfnisse der Frauen angepasst werden.

Die Digitalisierung bietet uns dabei eine Chance. Es verändert unser Leben in allen Bereichen. Hierbei müssen wir auch unsere existierenden Regeln neu definieren und ab-

stimmen. In dem Prozess ist es wichtig, denen mit Qualität zuzuhören (nicht den Lauten), sich in andere hineinzusetzen und Kompromisse zu finden. Denn Kompromisse sind es, die unser Leben ausmachen. „Ohne Kompromisse gibt es kein Zusammenleben“, so Angela Merkel.

Diese Eigenschaften sind Stärken der Frauen. Wir müssen uns nur trauen, sie zu nutzen und lauter, stärker zu werden. Unsere Zukunft wird auf jeden Fall anders sein. Sie wird spannender. Nutzen wir die Möglichkeiten und gestalten sie aktiv mit!

Die anschließende Diskussion zeigte, dass es in vielen Bereichen wichtig ist, sich für eine Chancengleichheit und Gleichberechtigung zu engagieren. Seien Sie mutig und zeigen mehr Präsenz!

Tanja Teich,
Vorsitzende der SBB Frauen

Die SBB Jugend will DICH kennenlernen Haben wir ein Date?

Für die meisten von uns war sie im täglichen Arbeitsleben sichtbar und erlebbar: die demografische Entwicklung. Die Kollegenschaft im Durchschnittsalter von 50+ konnte schon ziemlich genau voraussagen, wer irgendwann als Letzte(r) das Bürolicht ausmachen würde.

Beruflicher Nachwuchs war eher die Ausnahme als die Regel. Auswirkungen hatte dies natürlich auch auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Wie will man jemanden, der gar nicht da ist, auch für Gewerkschaftsthemen begeistern?

Das Demografieproblem aufgreifend hat der Freistaat Sachsen aktuell eine Ausbildungs-offensive gestartet. Die Ausbildungszahlen in nahezu allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und deren

privatisierten Bereichen wurden erhöht – Anwärter(innen) und Auszubildende, also junge Menschen, mischen wieder mit in unserem Arbeits- und damit auch Gewerkschaftsleben. Eine gute, längst überfällige Entwicklung!

Mit der „neuen“ Jugend kommen aber auch neue Themen in unsere Gewerkschaften. Digitalisierung in der Verwaltung ist eben für „digital natives“ etwas ganz anderes als für die lebensälteren „Durchschnittsbediensteten“.



Welche Generation kommt da zu uns? Welche Werte und Vorstellungen haben unsere zukünftigen Kolleg(inn)en und Führungskräfte? Muss jetzt alles anders werden? Und wenn ja, wer oder was muss sich ändern? Wie kann und muss unsere Arbeitswelt der Zukunft aussehen? Haben wir überhaupt Rahmenbedingungen, die für junge Menschen attraktiv sind und bleiben? All diese spannenden Fragen will und wird die SBB Jugend zu ihrem Thema machen.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit in unseren Fachgewerkschaften und Verbänden kann einen großen Beitrag leisten,

kann Zukunft in unseren Verwaltungen und Betrieben mitgestalten. Ebenso legt sie Grundlagen für betriebliche Interessenvertretungen in Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Und es soll auch kein Geheimnis bleiben, dass Gewerkschaftsarbeit echt Spaß machen kann.

Na dann macht mal los, könnte man jetzt meinen. Aber ganz so einfach ist es dann eben doch nicht. Junge Menschen in so vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung bringen auch vielfältige Fragen und Herausforderungen mit in die Gewerkschaftsarbeit: Auszubildende und Beamtenanwärter(innen),

Studierende und Referendare, junge Kolleg(inn)en in verschiedenen Laufbahnen, Qualifizierungsebenen, Lebensphasen und Tätigkeitsbereichen – der Strauß der Themen ist groß.

Die SBB Jugend will euch alle mitnehmen auf diesem span-

nenden Weg. Auch DICH! Wir brauchen DEINE Unterstützung!

Wenn du kreativ bist und Ideen hast; wenn du organisieren kannst; wenn du Lust hast, berufsfachliche und/oder politische Themen

mitzugestalten oder wenn du dir das Ganze einfach nur mal angucken oder einfach ein paar junge Leute aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes kennenlernen willst, dann melde dich unter habenwiredate@sbb.dbb.de.

Unter www.sbb.de/Jugend findest du weitere Informationen und Ansprechpartner. Wir haben so viele Ideen – mach mit! Wir freuen uns auf dich.

Wir machen Staat ... auch morgen noch! #SBBJugend ■

Grundsteuer

Eine Bestandsaufnahme und ein Blick in eine herausfordernde Zukunft



In der Finanz- und Steuerverwaltung, in der Wissenschaft und großen Teilen der Politik war über Jahrzehnte klar, dass sich das bisherige System der Grundsteuer aufgrund der sich entwickelnden Grundstücks- und Wohnungswerte immer weiter von der Verfassung wegbewegte. Getan wurde aber nichts.

stehenden Gebäudes auch an dem Grundstückswert orientiert.

Auf Druck von Bayern gibt es eine Öffnungsklausel für die Länder, die eine vereinfachte Bewertung vornehmen wollen. Diese Öffnungsklausel erfordert aber eine Grundgesetzänderung. Daher muss das Gesetz nicht nur mit der einfachen Mehrheit im Bundestag und -rat, sondern mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden.

Die Grundsteuer betrifft gegenwärtig jeden, egal ob er ein Grundstück besitzt oder eine Wohnung gemietet hat. Dem Mieter wird der Anteil der Grundsteuer, der auf seine Wohnkosten entfällt, über die Betriebskostenabrechnung in Rechnung gestellt.

Über die Grundsteuer erhalten die Gemeinden bundesweit gegenwärtig 14 Milliarden Euro, in Sachsen betrug in 2018 das Aufkommen 518 Millionen Euro.

Die überwiegende Mehrheit der Politiker betont seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass sich an

der Höhe des Aufkommens nichts ändern darf und soll. Dies erscheint machbar zu sein. Manche Politiker behaupten auch, dass sich für keinen Einzelnen etwas ändert. Letzteres erscheint schwer vorstellbar, da die Werte, die gegenwärtig der Grundsteuer zugrunde gelegt werden, in den neuen Bundesländern 1935 festgestellt wurden, im Westen 1964. Seit diesen Zeiten haben sich die Grundstückswerte sehr unterschiedlich entwickelt. Dies war auch der Grund, der zur Verfassungswidrigkeit führte.

Aus unserer Sicht ist es daher klar, dass manche Bürger nach der Reform mehr zahlen müssen als andere. Sollte das Gesamtaufkommen in Höhe von 14 Milliarden Euro „gehalten“ werden, wird die Erhöhung eher in den städtischen Bereichen zu vermuten sein, da dort die Grundstückswerte besonders stark gestiegen sind.

■ Wie sieht es mit der Umsetzung der Reform in den Finanzämtern aus?

Die Grundsteuer fließt zwar den Kommunen zu, die Finanz-

ämter müssen aber vorher sogenannte Grundsteuermessbescheide erstellen, auf deren Basis die Kommune dann ihren Hebesatz anwendet und dem Steuerpflichtigen einen Grundsteuerbescheid zukommen lässt.

In Sachsen müssen mehr als zwei Millionen Grundstücke von den Finanzämtern neu bewertet werden. Wie das bewältigt werden soll, ist völlig unklar, da die Besetzung in der Finanzverwaltung bereits heute schlecht ist. Die sächsische Finanzverwaltung ist gegenwärtig nur mit weniger als 84 Prozent des Personals ausgestattet, das nach der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung für die Finanzverwaltung erforderlich ist.

Es werden Anstrengungen unternommen, diesen Zustand zum Besseren zu wenden. Doch die demografische Entwicklung bedeutet, dass in den nächsten Jahren in Sachsen doppelt so viele Menschen altersbedingt auscheiden wie nNeue auf den Arbeitsmarkt drängen. Dies führt dazu, dass wir mit Glück

So war es nicht überraschend, dass das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 10. April 2018 feststellte, dass die Grundsteuer, so wie sie erhoben wird, verfassungswidrig ist. Das BVerfG gab dem Gesetzgeber daher auf, bis Ende 2019 ein neues verfassungskonformes Gesetz zu verabschieden. Sollte dies gelingen, hätte die Verwaltung noch bis Ende 2024 Zeit, neue Grundsteuerbescheide zu erlassen. Wird eine der Fristen gerissen, sei die weitere Erhebung der Grundsteuer verfassungswidrig – so das Gericht.

Gegenwärtig gibt es einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der vorsieht, für alle Grundstücke eine Neuberechnung vorzunehmen, die sich neben der Größe und Lage des Grundstücks und des darauf

die Ausscheidenden ersetzen können, nicht aber die Lücke zwischen Bedarf und Ist.

Reinhold Mähne, Landesvorsitzender der DSTG Sachsen, stellt klar: „Eine weitere zusätzliche Aufgabe wie die nun geplante Neufestsetzung der Grundsteuer ist unseren Kolleginnen und Kollegen ohne eine deutliche Entlastung von bestehenden Aufgaben nicht zuzumuten.“

Vor diesem Hintergrund erscheinen die Ankündigungen von Finanzminister Matthias Haß, die Umsetzung der Grundsteuerreform in Sachsen mit dem vorhandenen Personal anzustreben, als ein Wunsch, an dessen Umsetzung Zweifel erlaubt sind.

Nach den bisherigen Planungen ist mit einem zusätzlichen Personalaufwand von bundesweit mindestens 3 000 Perso-

nen zu rechnen. Auf Sachsen bezogen bedeutet dies ein Plus von 150 Bediensteten. „Die Ankündigungen des Sächsischen Finanzministers gehen damit offensichtlich an den Realitäten vorbei“, so Mähne weiter.

Für die DSTG Sachsen ist klar, dass ein kurzfristiger Personalaufwuchs für die Grundsteuerreform schwierig umzusetzen sein wird. „Damit kann der jetzt zu beschreitende Weg

nur sein, andere Arbeiten der Finanzämter in entsprechendem Umfang anders zu organisieren oder zu reduzieren“, so der Landesvorsitzende. „Unser Angebot als DSTG Sachsen steht, diese große Aufgabe gemeinsam, sachgerecht und mit Blick auf die Belange der Bediensteten zu gestalten.“

*Christian Holzhey,
stellvertretender Landesvorsitzender DSTG Sachsen*

Gewerkschaft BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft

Vertrauensleutetreffen in Dresden

Zahlreich folgten die Vertrauensfrauen und -männer der Gewerkschaft BTB – Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst, Landesverband Sachsen, der Einladung zum diesjährigen Erfahrungsaustausch am 3. Juli 2019 in den Räumen des Technischen Hilfswerks (THW) – Ortsverband Dresden.

Das Treffen begann mit einer Begrüßung durch den BTB-Landesvorsitzenden Steffen Hornig und einem Grußwort von Klaus Dünzkofer (THW Dresden). Dann gab Steffen Winkler, stellvertretender Vorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und Vorsitzender der Grundsatzkommission Tarifrecht des SBB, einen Überblick über die Ergebnisse der Einkommensrunde der Länder 2019.

Winkler unterstrich dabei auch die Bedeutung der Warnstreiks in ganz Sachsen sowie der Demonstrationen in Leipzig, Chemnitz und Dresden, an denen auch Mitglieder des BTB Sachsen beteiligt waren. Für die 2020 im Bereich des TVöD (VKA) anstehenden Tarifverhandlungen gab er einen ersten Ausblick und ermutigte die Mitglieder, ihre Forderungen über die SBB-Tarifkommission, die Branchentage und über die Bundesfachgewerkschaften einzubringen.

In der anschließenden Diskussion wurden zum Beispiel auch Sonderregelungen für Gewerkschaftsmitglieder oder eine Wahlmöglichkeit zwischen prozentualer Erhöhung des Tabellenentgeltes und zusätzlichem Urlaub thematisiert.

Als weiterer Gastredner konnte Alexander Konzack vom dbb vorsorgewerk gewonnen werden. Er stellte die exklusive Zusammenarbeit des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen mit dem dbb vorsorgewerk vor und berichtete über Aktuelles aus dem dbb vorsorgewerk und der dbb vorteilswelt für SBB-Mitglieder und deren Angehörigen. Zudem stellte Konzack das dbb autoabo vor. Fragen konnten beantwortet werden und erste Nutzer aus den Reihen der Mitglieder gaben positive Rückmeldungen.

André Ficker, stellvertretender Vorsitzender des SBB wie auch des BTB Sachsen, gab einen Überblick über die aktuellen



Entwicklungen im Beamtenbereich, insbesondere die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten. Im Weiteren ging er auf das Zweite Gesetz zur Änderung des Sächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes ein. Der BTB Sachsen hatte seine Stellungnahme dazu am 1. März 2019 direkt an die Abgeordneten des Sächsischen Landtages geschickt.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion um das am 25. Juni 2019 vom sächsischen Kabinett verabschiedete umfangreiche Maßnahmenpaket zur Wertschätzungsinitiative ein. Schließlich wurden hier aus den Reihen der Beschäftigten

regungen aufgegriffen und umgesetzt.

Verbesserte gesetzliche und im Verordnungswege getroffene beamtenrechtliche Regelungen werden auch für die Beamtinnen und Beamten im kommunalen Bereich gelten und teilweise für Verbesserungen sorgen. Hier muss die Wertschätzungsinitiative weitergetragen werden.

Abschließend gab Steffen Hornig einen Ausblick auf den 7. Gewerkschaftstag des BTB Sachsen am 9. Mai 2020 in Dresden.

*Steffen Hornig,
BTB Sachsen*



> Rund 100 Kolleginnen und Kollegen nahmen an der Protestkundgebung der DPVKOM teil.

DPVKOM

Protestkundgebung in Magdeburg

Weil der unliebsame Betriebsrat der Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM abserviert werden soll, haben Beschäftigte der Deutschen Post AG und DPVKOM-Mitglieder am 10. Juli 2019 vor dem Arbeitsgericht in Magdeburg protestiert und von der Deutschen Post AG die Einhaltung demokratischer Grundsätze gefordert.

Mit dabei waren auch die Landesleitung des dbb sachsen-anhalt sowie Mitglieder der GDL. Mit ihrer Teilnahme haben sie ein starkes Zeichen der Solidarität gesetzt.

Die ursprünglich für diesen Tag vorgesehene Kammerverhandlung im einstweiligen Verfügungsverfahren vor dem Arbeitsgericht Magdeburg im Rechtsstreit des DPVKOM-geführten Betriebsrates der ehemaligen Briefniederlassung Magdeburg und der Deutschen Post AG (DP AG) fand indes nicht statt. Die DP AG hatte in der Zwischenzeit einen Teil der vom DPVKOM-geführten Betriebsrat geforderten Informationen und Unterlagen vorgelegt.

Hintergrund des Rechtsstreits ist die zum 1. Juli 2019 erfolgte

Zusammenlegung der bisherigen Briefniederlassung Magdeburg mit einem Teil der bisherigen Briefniederlassung Braunschweig im Zuge einer Neustrukturierung der Flächenorganisation der Deutschen Post.

Per SMS hatte die Leiterin der Niederlassung Brief Magdeburg dem Betriebsratsvorsitzenden und DPVKOM-Vize Andreas Kögler mitgeteilt, dass mit der Neustrukturierung der Flächenorganisation ab dem 1. Juli 2019 der mehrheitlich aus Mitgliedern des gewerkschaftlichen Mitbewerbers bestehende Betriebsrat der aufgelösten Niederlassung Brief Braunschweig die Amtsgeschäfte bis zur erforderlichen Neuwahl im kommenden Frühjahr weiterführen würde. Die

Fakten hätten sich entgegen vorheriger Äußerungen geändert. So wurde am 1. Juli 2019 der für die Briefleitregion 38 zuständige Betriebsteil der Niederlassung Braunschweig in den Betrieb Magdeburg integriert.

Diese Vorgehensweise steht im Widerspruch zu den Inhalten eines im Februar dieses Jahres von der DP AG intern veröffentlichten Strategiepapiers sowie zu den von mehreren hochrangigen Unternehmensvertretern im Vorfeld gemachten Aussagen. Danach hätte der mehrheitlich von der DPVKOM besetzte Betriebsrat der Briefniederlassung Magdeburg über den 1. Juli hinaus Bestand gehabt. Damit hätte die DP AG geltendes Betriebsverfassungsrecht angewandt, wo-

nach nach der Eingliederung eines vormals externen Betriebsteils in einen bestehenden Betrieb dessen Betriebsrat die Amtsgeschäfte bis zur – gegebenenfalls durchzuführenden außerordentlichen – Betriebsratsneuwahl weiterzuführen hat.

Anstatt das Betriebsverfassungsgesetz anzuwenden, griff die DP AG mit Zutun des gewerkschaftlichen Mitbewerbers in die Trickkiste und konstruierte im Rahmen des Tarifvertrages Nummer 206 aus der besagten Betriebsaufspaltung Braunschweig mit anschließender Teilintegration in Magdeburg – der andere Teil, die Briefleitregion 37, wurde der Niederlassung Kassel zugeordnet – einfach die Bildung einer neuen Betriebseinheit.

Das neue Gebilde heißt seit Anfang Juli „Niederlassung Betrieb Magdeburg“.

Ziel war die damit verbundene Zerstörung der sogenannten „Betriebsidentität“ der Niederlassung Magdeburg, weil in diesem Fall betriebsverfassungsrechtlich das Übergangsmandat dem leicht größeren Teil (Braunschweig) zusteht. Dem Betriebsratsvorsitzenden Andreas Kögler wurde schriftlich mitgeteilt: „Der Betrieb Niederlassung BRIEF Magdeburg verliert seine Identität, das Amt des Betriebsrats erlischt.“

Nach Überzeugung der DPVKOM handelt es sich hierbei jedoch nur um eine schlichte Namensänderung. Es habe keine strukturellen Änderungen gegeben. Die Räumlichkeiten der Niederlassung Magdeburg seien ebenso wie die Betriebsmittel oder die Leitungsstrukturen dieselben wie vorher. Durch die Eingliederung des Braunschweiger Betriebsteils habe sich einzig die Anzahl der Beschäftigten erhöht. Für die DPVKOM ist klar, dass sie es nicht hinnimmt, den mehrheitlich von ihr geführten Betriebsrat in Magdeburg mit juristischen Taschenspielertricks abservieren zu



> Mehr als 700 Beschäftigte der Deutschen Post AG Niederlassung Betrieb Magdeburg sprachen sich mit ihrer Unterschrift dafür aus, dass der DPVKOM-geführte Betriebsrat im Amt bleibt.

lassen. Beim Arbeitsgericht in Magdeburg sind in der Sache mehrere vom Betriebsrat Magdeburg, der DPVKOM und dem Schwerbehindertenvertreter der Niederlassung Magdeburg eingelegte Rechtsmittel anhängig.

„Zusammen mit Beschäftigten der zum 1. Juli gegründeten Niederlassung Betrieb Magdeburg und unseren Betriebsrats-

mitgliedern vor Ort werden wir ein deutliches Zeichen für die Einhaltung demokratischer Grundsätze im Unternehmen Deutsche Post setzen. Wir wollen und werden es nicht akzeptieren, dass der Arbeitgeber zusammen mit der Gewerkschaft ver.di und dem Gesamtbetriebsrat den Wählerwillen der Mitarbeiter in der Niederlassung Betrieb Magdeburg mit Füßen tritt und völlig ignoriert.

Hier wird ein der Deutschen Post und dem gewerkschaftlichen Mitbewerber unbequemer Betriebsrat, der mehrheitlich der DPVKOM angehört, mit juristischen Taschenspielertricks eiskalt abserviert.“ Das sagte die Bundesvorsitzende der Fachgewerkschaft DPVKOM, Christina Dahlhaus, bereits im Vorfeld der Protestkundgebung in Magdeburg.

Seminar in Stagerode

Update Tarifrecht TV-L

Der Tarifvertrag der Länder (TV-L) prägt schon ein Jahrzehnt die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Länder. Insbesondere nach der Tarifeinigung vom März dieses Jahres fragen viele Kolleginnen und Kollegen nach einem Update. Ein Seminar in Stagerode bot dafür die passende Gelegenheit.

Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehörten die für Tarifpolitik verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) und der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG).

Als Dozent brachte Matthias Berends von der dbb Bundesgeschäftsstelle und die „Nummer Zwei“ des dortigen Tarifgeschäftsbereiches – auch mit jahrelangen persönlichen Erfahrungen aus dem Tarifpoker – die Teilnehmerinnen und

Teilnehmer auf den neuesten Stand. Manteltarifvertrag, Entgeltordnung, Zusatzversorgung, Nebenbestimmungen, Übergangsregelungen und Prozedere von Tarifgesprächen waren nur einige der besprochenen Themen. Alle Teilneh-

menden waren sich am Ende einig: ein gelungenes Seminar mit echtem Mehrwert für die gewerkschaftliche Arbeit.

Ulrich Stock,
DVG-Landesvorsitzender

Rechtspfleger Thomas Leinweber vor der Kamera

„Die Unverzichtbaren“ im Dauereinsatz

„Die Unverzichtbaren“ machen an Tausenden Schulen der Sekundarstufe 1 auf Plakaten und Postkarten sowie im Internet Werbung für den größten, vielfältigsten und abwechslungsreichsten Arbeitgeber Deutschlands: den öffentlichen Dienst. Junge „Unverzichtbare“, Beschäftigte aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes, zeigen Gesicht für ihren Job und erläutern in Videoclips und Interviews, wie spannend der Dienst bei „Vater Staat“ ist. Mit seinem Gesicht an den Start ging bereits 2016 auch Rechtspfleger Thomas Leinweber (damals 29) aus Bernburg an der Saale.

Stühle werden hinausgetragen, Tische gerückt, Fensterbänke leer und dicke Gesetzbücher umgeräumt – es ist einiges los heute im Büro von Thomas Leinweber, Rechtspfleger am Amtsgericht Bernburg (Saale). Seit zwei Jahren ist er im Dienst, aber „so was“ hat er noch nicht erlebt: Dreharbeiten! Fotoaufnahmen! Interviews! Kein Wunder, denn der 29-Jährige ist ein neuer „Unverzichtbarer“. Im Frühjahr 2016 wird die 2012 vom dbb initiierte Nachwuchskampagne für den öffentlichen Dienst mit insgesamt fünf neuen Gesichtern in ihre dritte Staffel, ihr drittes Jahr gehen. Rechtspfleger Thomas Leinweber ist dabei, um seinen spannenden Beruf vorzustellen und jungen Menschen Lust auf die Arbeit bei „Vater Staat“ zu machen.

verkörpert vom heute amtierenden Präsidenten des Bernburger Karnevalclubs: Thomas Leinweber! Aber „ein Schelm, wer Böses dabei denkt“, stellt Leinweber gleich mit Blick auf seinen Beruf am Amtsgericht klar: „Ich kann Dienst und privat sehr gut trennen, und alle wissen genau Bescheid, wo meine Grenzen sind.“

Dass Thomas Leinweber seinen Job aus dem Effeff beherrscht und für die Sache „brennt“, wie er sagt, wird schnell deutlich, als ihn Redakteurin Renée Theßen für das Berufsprofil interviewt, in dem Interessierte später genau nachlesen können, was ein Rechtspfleger zu tun hat, wie die Ausbildung aussieht und was auch diese Berufsgruppe so unverzichtbar macht für Deutschlands Gemeinwesen.



© Anja Nier (3)

■ „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt“

„Wir machen zuerst Fotos“, entscheiden Fotografin Anja Nier und Kameramann Franz Leuschner. Und bevor ihr Protagonist überhaupt erst nervös werden kann, ist er schon mitten in der Fotosession und strahlt bestens ausgeleuchtet in die Kamera. „Rampenlicht bin ich ja schon ein bisschen gewohnt“, schmunzelt Thomas Leinweber und berichtet, dass er seit fast zehn Jahren aktiv am regen Karnevalsgeschehen seiner Geburtsstadt Bernburg teilnimmt, dessen Symbolfigur und Obernarr die Figur des Till Eulenspiegel ist – jahrelang

■ Rechtspfleger? Noch nie gehört ...

... ist oft die Antwort auf die Frage: „Wer oder was ist ein Rechtspfleger?“ Erstaunlich, begegnet man doch – wenn man ein Gericht aufsucht – eher einer Rechtspflegerin oder einem Rechtspfleger als einer Richterin oder einem Richter. „Rechtspfleger sind so was wie die kleinen Brüder der Richter“, erklärt Thomas Leinweber. Förmlicher heißt das, der Rechtspfleger ist ein „selbstständiges Organ der Rechtspflege“. Bei der Ausführung seiner Aufgaben ist er ebenso sachlich unabhängig wie der

Richter. Er ist nur an Recht und Gesetz gebunden und keinen Weisungen unterworfen. Darin unterscheidet er sich von anderen Beamten. Rechtspfleger sind nicht nur an Gerichten, sondern auch bei den Staatsanwaltschaften im Bereich der Vollstreckung tätig; ein weites breites Betätigungsfeld sind Justizverwaltung, die Geschäftsleitungen der Gerichte oder Staatsanwaltschaften, die Personalverwaltungen, Bau- und Haushaltsabteilungen oder auch die Justizministerien.

Kurzum: Die Rechtspfleger nehmen heute große Teile der Aufgaben bei Gericht wahr, die

früher von Richtern erledigt wurden, sind standesrechtlich aber nicht Mitglieder der Richterschaft, sondern sind Beamte des gehobenen Justizdienstes.

Ein eigenes Gesetz, das Rechtspfliegergesetz, definiert ihre Aufgaben. „Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt in der freiwilligen Gerichtsbarkeit – also der sogenannten Streitverhütenden Rechtspflege“, erklärt Thomas Leinweber. So trifft der Rechtspfleger etwa wesentliche Entscheidungen in Grundbuchsachen. Er nimmt außerdem fast alle Eintragungen in Handels-, Genossenschafts-, Güterrechts- und Vereinsregistern vor. Er

erteilt familien- und betreuungsgerichtliche Genehmigungen und wird im nachlassgerichtlichen Verfahren zur Erteilung von Erbscheinen, Testamentseröffnungen und Nachlasssicherungen tätig.

Rechtspfleger helfen Rechtsuchenden, indem sie zum Beispiel ihr mündlich vorgetragenes Klagebegehren ordnen, auslegen und aufnehmen. In Zivil-, Familien- und Strafsachen setzen sie die zu erstattenden Kosten einschließlich der Rechtsanwaltsvergütung fest. Sie bearbeiten Insolvenzsachen, führen Zwangsversteigerungen durch und sind im Bereich der Vollstreckung von Geld- und Haftstrafen tätig. „Wir nehmen also in einem äußerst breiten Bereich sehr anspruchsvolle Aufgaben wahr, und gemeinsam mit den Richtern und Staatsanwälten bilden wir eine wichtige Kontaktstelle zwischen der Justiz und den Bürgern“, sagt Thomas Leinweber.

► Verantwortung und Konfliktlösung

Leicht sei sein Job beileibe nicht. Abgesehen von der genauen Kenntnis der Rechtslage, antwortet der junge Rechtspfleger auf die Frage nach den Voraussetzungen für seine Ar-

beit, „erfordert der Beruf Verantwortungsbereitschaft, Entscheidungsfreude, Flexibilität, Unparteilichkeit sowie Verständnis für wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge. Sicheres Auftreten, die Fähigkeit zur Konfliktlösung und zum Umgang mit Menschen sowie ein gutes Einfühlungsvermögen sollte man auch mitbringen“, erklärt Thomas Leinweber.

Die anspruchsvolle Fachhochschulausbildung der Rechtspfleger (Vorbereitungsdienst) dauert drei Jahre. Der Vorbereitungsdienst gliedert sich in vier Studienabschnitte, wobei der erste und dritte Abschnitt (vierzehn und sechs Monate) der theoretischen Ausbildung und der zweite sowie vierte Abschnitt (zehn und sechs Monate) der Fachpraxis dienen.

Das Fachstudium wird an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) in Berlin durchgeführt. Hier werden die wissenschaftlichen Grundlagen vermittelt. Die praktische Ausbildung erfolgt an Amtsgerichten und Staatsanwaltschaften in Sachsen-Anhalt. „Hier können wir die Theorie direkt anwenden und vertiefen“, so Leinweber. Am Ende des Vorbereitungsdienstes findet die Rechtspflegerprüfung



(Laufbahnprüfung für den gehobenen Justizdienst) statt – schriftlich und mündlich.

Während der Ausbildung sind die Studierenden „Beamte auf Widerruf“ und erhalten Anwärterbezüge. Nach der bestandenen Laufbahnprüfung kann die Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Probe (als Justizinspektor) erfolgen. Soweit die anschließende Probezeit (in der Regel zwei Jahre und sechs Monate) erfolgreich absolviert ist, erfolgt in der Regel eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit. Thomas Leinweber ist sich sicher: „Ich habe meinen Traumberuf gefunden. Hier kann ich ganz selbstständig arbeiten und vielen Menschen helfen, insbesondere in der Beratungshilfe und in den Betreuungsverfahren, um die ich mich kümmere.“

► Kampagne läuft auch an Tausenden Schulen

Das und noch vieles mehr gab es von Thomas Leinweber bei den „Unverzichtbaren“ zu hören und zu sehen. An rund 9 000 Schulen in Deutschland machten Plakate und Postkarten Werbung für eine Karriere im öffentlichen Dienst und wiesen auf das Internetportal hin, das Informationen zu mehr als 100 Berufsprofilen und einen interaktiven Berufsfinder bietet. In Videos und Blogs berichten junge Beschäftigte und Auszubildende über

ihre Arbeit und ihre Motive. Auch im sozialen Netzwerk „Facebook“ haben die Unverzichtbaren einen Account. Ein weiteres Element der Kampagne ist eine Lehrermappe „Öffentlicher Dienst“ mit einer komplett aufbereiteten Unterrichtseinheit zum öffentlichen Sektor und seinen Berufen für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1, die den Pädagogen an den entsprechenden Schulen jährlich bundesweit zur freien Nutzung angeboten wird.

► dbb Landeschef: „Nachwuchs gerade jetzt unverzichtbar“

„Wie unverzichtbar Deutschlands öffentlicher Dienst ist, zeigt sich gerade jetzt, wo die Babyboomer-Jahrgänge in den Ruhestand gehen“, erklärt dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck. „Und gerade jetzt, wo die Landesregierung von Sachsen-Anhalt mit Neueinstellungen den durch massive Personal- und Sachmitteleinsparungen in den letzten Jahrzehnten verursachten Verwerfungen entgegentritt, ist es wichtig, die vielfältigen Berufe aktiv zu bewerben. Das heißt: Wir brauchen mehr ‚Unverzichtbare‘. Wir brauchen die besten Köpfe im öffentlichen Dienst, damit Deutschland, damit Sachsen-Anhalt funktioniert. Deswegen wird der dbb mit den ‚Unverzichtbaren‘ weiter intensiv Werbung für den Berufsnachwuchs machen.“



Landtagswahl 2019 in Thüringen

Wer die Wahl hat, geht wählen

Am 27. Oktober 2019 werden die nächsten Landtagswahlen in Thüringen stattfinden.

„Egal. Ist nicht wichtig. Die machen eh, was sie wollen. Und die vertreten ohnehin in erster Linie ihre eigenen Interessen. Da geh ich gar nicht hin, das bringt mir ja nichts“, höre ich manche sagen. Bereits der griechische Philosoph Plato sagte dazu: „Die Strafe für die weisen Leute, die sich weigern, politisch aktiv zu werden, besteht darin, dass sie unter der Regierung der weniger weisen Leute leben müssen.“

Und ... die Positionen der verschiedenen Parteien unterscheiden sich teilweise erheblich. Jeder kann mit seiner

Stimme entscheiden, welche politische Richtung er unterstützt. Erkennbar ist bereits jetzt, dass die Wahlergebnisse möglicherweise sehr knapp zur Bildung der einen oder anderen Koalition ausreichen könnten. Also: „Jede Stimme zählt.“

Besonders hervorheben möchten wir auch, dass sich die Vorsitzenden der SBB Jugend (Sachsen), Chris Leon Nemitz, und der dbb jugend thüringen, Christian Bürger, insbesondere an die jugendlichen Wähler beider Länder gewandt haben: „Wir fordern junge Menschen auf, von ihrem Wahlrecht Ge-

brauch zu machen und durch ihre Stimme die Wahlen positiv zu beeinflussen. Für eine demokratische und zukunftsorientierte Gesellschaft! Wir können mit unseren Stimmen viel bewirken!“, stellen sie fest. Lesen Sie auf unserer Homepage nach!

Der tbb hat an die im Landtag vertretenen Parteien Fragen gerichtet, die uns interessieren müssen. Die Fragen und Antworten werden wir in Kürze ebenfalls auf unserer Homepage veröffentlichen.

Ja, okay, es ist aufwendig, die Antworten alle zur Kenntnis zu nehmen und dann eine Wahlentscheidung für sich selbst zu treffen. Wir laden Sie herzlich

ein, diesen Aufwand zu treiben und sich dann zu entscheiden.

Den zusammenfassenden Appell unserer beiden Jugendvertreter können wir nur in vollem Umfang unterstützen: „Es bedarf zur Beantwortung der Zukunftsfragen mehr als Parolen und markiger Worte. Wir rufen alle Generationen dazu auf, sich in ihrer Wahlentscheidung nicht von populistischen Parolen, sondern von Sach- und Zukunftsfragen leiten zu lassen. Ein ‚Ausländer raus!‘ schafft keine Zukunft, eine gute menschliche Sozial-, Wirtschafts-, Umwelt- und Strukturpolitik schon.“

*Helmut Liebermann,
tbb Landesvorsitzender*

tbb unterwegs

Tag der Verbände Thüringen

Helmut Liebermann vertrat den tbb beim ersten „Tag der Verbände Thüringen“. Organisiert wurde dieser vom BVVGF e.V. als Bundesverband der Führungskräfte von Vereinen, Verbänden und Stiftungen unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Bodo Ramelow.

Der tbb Landesvorsitzende begrüßte das neue Format bezüglich seiner Schnittstellenfunktion zwischen Vereinen/Verbänden, Politik und Gesellschaft.

Die Veranstaltung wurde durch den Bundesvorsitzenden des BVVGF, Klaus-Dieter Rommeiß, eröffnet. Nach einem Grußwort des Thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow folgten inhaltlich sehr starke Vorträge zu den Themen „Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement“, „Notwendigkeit der Verbände“, „Förderwelt der



> tbb Chef Helmut Liebermann

Verbände/Vereine/Stiftungen“, „Haftungsfragen in Vereinen und Verbänden“, „Chancen und Herausforderungen von Verbänden in einer unübersichtlichen politischen Welt“, „DS-GVO bei Vereinen/Verbänden“, „Vereinsfinanzierung“, „Absicherung von Cyber-Risiken für Vereine und Verbände“.

In einer finalen Diskussionsrunde mit Schwerpunkt Landtagswahl in Thüringen debattierten Politiker über das Wechselverhältnis von Politik und Verbänden. Mit dabei waren: Wolfgang Tiefensee (Wirt-

schaftsminister Thüringen, SPD-Spitzenkandidat); Dirk Adams MdL (Spitzenkandidat Bündnis 90/Die Grünen Thüringen); Mike Mohring MdL (CDU-Landesvorsitzender, Spitzenkandidat); Thomas L. Kemmerich MdB (FDP-Landesvorsitzender, Spitzenkandidat); Susanne Hennig-Wellsow MdL (Die Linke, Landtagskandidatin).

Bereichert um Anregungen für die eigene Verbandsarbeit zog Liebermann sein Fazit: „Ein guter Auftakt.“

Thüringer Personalvertretungsgesetz: Praxisseminar zu den Änderungen

Nach der Verabschiedung der Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes am 9. Mai 2019 sollen erstmalig die Personalräte in allen personellen, sozialen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten mitbestimmen dürfen. Doch was bedeutet das in der Praxis? Hat das Auswirkungen auf meine Informations- oder Initiativrechte als Personalrat? Welche Änderungen ergeben sich aus der neuen Freistellungsstaffel?

Im Seminar werden weiterführende Kenntnisse des Personalvertretungsrechts vermittelt. Durch die ausführliche Einführung in die Änderungen im Thüringer Personalvertretungsgesetz und seine Handhabung sollen Personalratsmitglieder in die Lage versetzt werden, die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Dienststellenleitung wirksam zu vertreten. Zielgruppe sind Personalräte, Schwerbehinderten-, Jugend- und Auszubildendenvertreter.

Unsere Inhalte:

1. Änderungen/Neuerungen im ThürPersVG

2. Die neue Allzuständigkeit des Personalrates – was bedeutet das?
3. Änderung der Freistellungsstaffel
4. Ihre neuen Rechte als Personalrat

Die Schulung richtet sich an Personalräte, die bereits eine Grundschulung im Personalvertretungsrecht hatten. Diese Schulung erläutert vorrangig die Änderungen, die sich für die Arbeit als Personalrat durch die Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) ergeben haben. Die Schulung

vermittelt Kenntnisse, die für die Personalratsarbeit im Sinne von § 46 Abs. 1 ThürPersVG erforderlich sind.

Termine:

- > 12. September 2019 (Do)
- > 22. Oktober 2019 (Di)
- > 11. November 2019 (Mo) (Termine 2020 in Planung)

Jeweils als Eintages Schulung von 9 bis 16 Uhr in Erfurt. Für Anmeldungen und Rückfragen steht Ihnen die tbb Landesgeschäftsstelle gern zur Verfügung.



> Frank Schönborn, Vorsitzender ARGE HPR



> Michael Meier (stellvertretender Landesjugendvorsitzender komba jugend thüringen) und Christian Bürger (Landesjugendvorsitzender komba jugend thüringen sowie Landesjugendvorsitzender der dbb jugend thüringen) (von links) bei der Übergabe der START-Broschüren an die neuen Auszubildenden.

Ausbildungsstart 2019

START im öffentlichen Dienst

Zum Ausbildungsstart 2019 beteiligte sich die dbb jugend thüringen mit großem Einsatz.

Gemeinsam mit der komba jugend thüringen konnten in Erfurt, Weimar, dem Landesverwaltungsamt und weiteren Verwaltungen zahlreiche neue Beamtenanwärter, Auszubildende und Duale Studierende mit Starterkits für die Ausbildung begrüßt werden. Willkommenspakete gab es, gemeinsam mit der DJG Jugend und Jungen BDR, auch für die

30 neuen Anwärter des Thüringer Justizdienstes.

Fridays for Future

Die Chance zum Wandel nutzen

Mag man zu „Fridays for Future“ stehen, wie man will. Die Bewegung zeigt ganz klar, dass die Generationen Y und Z nicht unpolitische, volldigitalisierte Egoisten sind. Nein, vielmehr haben diese Generationen die Nase voll von alten Gepflogenheiten in Politik und Gesellschaft. Politische Partizipation, mehr Mitbestimmung und direkte Demokratie werden gefordert.

Politik hinter verschlossenen Türen und bürgerfernes Arbeiten der Parteien werden abgelehnt. Das bietet viele Chancen, aber mindestens genauso viele Herausforderungen für die politischen Parteien. Sie müssen eine Öffnung vollziehen und sie müssen gegebenenfalls Abstand nehmen von lieb gewonnenen Gepflogenheiten. Es muss ihnen gelingen, die Generationen und Geschlechter breiter einzubinden und die Gesellschaft in ihrer Vielfalt auf Wahllisten und

Parteigremien abzubilden. Auch die Gewerkschaften und Standesorganisationen stehen vor dem Problem, dass die Menschen zunehmend wieder Interesse an Mitbestimmung zeigen, jedoch der Wille, sich fest gewerkschaftlich zu binden, scheinbar abnimmt. Eines ist klar: Zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft gibt es keine Alternative. Nur so funktioniert unsere Sozialordnung und nur so können die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer durchset-

zen. Aber: Der dbb muss noch mehr das werden, was er eigentlich in Ansätzen schon ist: eine echte Mitmachgewerkschaft.

Wie jedoch die Politik wieder lernen muss, auf die Bürger zu hören, so müssen die Gewerkschaften wieder lernen, mit LEIDENSCHAFT zu kämpfen. Sie müssen wieder für neue soziale Standards, nicht nur für das Bewahren des Besitzstands kämpfen. Sozialer Fortschritt ist nicht nur für die Generatio-

nen Y und Z wichtig, sondern auch für die älteren Generationen.

Nun ist das alles leicht gesagt. Es muss auch getan werden. Die Gewerkschaftsjugend im dbb ist engagiert und sie will ihr Bestes tun, damit der dbb fit für die kommenden Herausforderungen wird. Man muss sie nur lassen ...

*Christian Bürger,
Landesjugendleiter
dbb jugend thüringen*

tlv – thüringer lehrerverband

ICH.DU.INKLUSION – Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft

Bereits im September 2017 hatte der tlv Kreisverband Gera/Zeulenroda seine Mitglieder und interessierte Kolleginnen und Kollegen eingeladen, die voll aus dem Leben gegriffene Dokumentation zum Thema Inklusion anzuschauen und anschließend mit dem Regisseur Thomas Binn und dem Kultusminister Helmut Holter zu diskutieren.

Die Plätze des Kinosaals im „Metropol“ reichten diesmal nicht aus, so groß war das Interesse. Inzwischen haben die Hauptdarsteller ihre Grundschulzeit beendet. Das Filmteam hat mit einigen Schülern der begleiteten Inklusionsklasse, der Klassenlehrerin und einer Mutter eines Schülers genau über diese Zeit nach dem

Ende der Dreharbeiten zum Film noch einmal gesprochen. Aus den geäußerten Meinungen entstand ein sechsminütiger Trailer unter dem Motto: „Ein Fazit zum Ende der Grundschulzeit“. Dieser war Anlass für den Kreisvorsitzenden, Jörg Ehrhardt, erneut zum brisanten Thema Inklusion einzuladen.



> Rolf Busch (tlv), Helmut Holter (Thüringer Minister TMBJS), Dirk Majewski (Landeselternsprecher), Burkhard Zamboni (tbb Seniorenvorsitzender) und Martina Schweinsburg (Landrätin Landkreis Greiz) im Gespräch



> Rolf Busch (tlv), Martina Schweinsburg (Landrätin Landkreis Greiz) und Helmut Holter (Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport) (von links)

Knapp 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fanden im Mai 2019 den Weg in die Räumlichkeit der Grundschule in Münchenbernsdorf. Die meisten von ihnen schauten sich Film und Trailer an und verfolgten die anschließende Gesprächsrunde sehr aufmerksam.

Für diese Diskussionsrunde, die der tlv Landesvorsitzende Rolf Busch moderierte, konnte er die Landrätin des Landkreises Greiz, Martina Schweinsburg, und (eigentlich) den Kultusminister Helmut Holter gewinnen. Sowohl der Moderator als auch die Landrätin äußerten sich sehr beeindruckt von dem kritischen Rückblick der Schüler auf ihre Grundschulzeit und deren Fazit, dass die Inklusionsklasse gescheitert ist.

Leider erfuhr Minister Holter das nicht: Schuld war ein Stau auf der Autobahn mit entsprechend verspätetem Eintreffen zur Veranstaltung. Er ließ aber die Anwesenden wissen, dass er vom Landtag beauftragt wurde, regionale Entwicklungspläne für die Inklusion zu erstellen und dass dabei für ihn Qualität absolut vor Geschwindigkeit gehe. Außerdem verwies er darauf, dass im geänderten Entwurf zum neuen Thüringer Schulgesetz auch die „Förderzentren ohne Schüler“ gestrichen sind. Wie viel das



> Interessiertes Publikum in der Grundschule Münchenbernsdorf

nutzt in Anbetracht der Tatsache, dass die Realität sich in vielen Schulen prekärer darstellt als im Film, bleibt wie immer abzuwarten. Tatsächlich neue oder besser noch hilfreiche Erkenntnisse brachte die Diskussionsrunde nicht, das hatte sicher auch niemand erwartet. Es tat aber ganz gut, sich in seiner Meinung zum Thema Inklusion bestätigt zu fühlen.

Ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben!

*Antje Hupfer,
stellvertretende Kreisvorsitzende*



> Rolf Busch (tlv), Martina Schweinsburg (Landrätin Landkreis Greiz) und Helmut Holter (Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport) im Gespräch mit den Teilnehmern (von links)